



PRESSEMITTEILUNG

Solarzwang bringt keine Akzeptanz

Einführung der Solarpflicht führt zu einem weiteren Investitionsstau bei der Gebäudesanierung

Berlin, 17.06.2021. „Klimapolitik braucht nicht nur eine Idee nach der anderen, sondern auch ein praktikables Gesamtkonzept zur Umsetzung“, sagt Dr. Manja Schreiner, Hauptgeschäftsführerin der Fachgemeinschaft Bau. Mit dem heute vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Gesetz sollen künftig alle Neubauten und bei wesentlichen Umbauten auch Bestandsgebäude mit Solarpanelen versehen werden.

„Das vorliegende Gesetz wird gerade im Sanierungsbereich zu einer Bremse werden“, ist sich Manja Schreiner sicher. Laut Fraunhofer-Institute ISE liegen die Stromerzeugungskosten bei Solarkleinanlagen etwa von Hausdächern weit über der Einspeisevergütung, die die Betreiber der Anlage nach Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erhalten. Dazu sagt Manja Schreiner: „Damit werden sich viele Hauseigentümer gut überlegen, ob die Dachsanierung tatsächlich notwendig ist, da sie auf den Mehrkosten sitzen bleiben.“

Der mit dem Zwang verbundene Eingriff in die Eigentumsrechte ist das denkbar schlechteste Mittel, für eine breite Akzeptanz der für uns alle notwendigen Energiewende zu werben. „Viel wichtiger sind ein gutes Anreizsystem und einfache Förderregularien“, sagt Manja Schreiner.

Die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V. vertritt die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft in Berlin und Brandenburg. Sie betreut rund 900 Betriebe und ist damit der größte Bauarbeitgeber- und Bauwirtschaftsverband in der Region. Weitere Informationen unter www.fg-bau.de.

Pressesprecher:
Thomas Herrschelmann
Tel.: 030 / 86 00 04-57 | Mobil: 0151 / 422 670 76
E-Mail: herrschelmann@fg-bau.de